



Protokoll der 25. Sitzung des Einwohnerrates

vom 9. April 2003, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Ernst Bürgin, Lukas Flüeler, Doris Greiner, Franz Kaufmann, Paul Lüscher, Pascal Wyss
Stadträtin Marliese Zimmermann

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahlen in ständige Kommissionen <i>://: Gewählt gemäss Vorlage</i>	03/132
2. Reklamereglement der Einwohnergemeinde Liestal; Überarbeitung Reglement und Nachtrag zu Einwohnerratsvorlage 00/5 <i>://: An Spezialkommission GoR überwiesen</i>	00/5A
3. Bericht des Stadtrates betreffend Spitex Regio Liestal, Leistungsvereinbarung <i>://: Zugestimmt</i>	02/120
4. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission GoR betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, Totalrevision <i>://: Zugestimmt</i>	02/94
5. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Schwieriquartier, Ersatzerschliessung <i>://: Zugestimmt</i>	03/121
6. Überarbeitetes Jahresprogramm 2003 des Stadtrates <i>://: Vertagt</i>	02/115
7. Bericht des Stadtrates betreffend Laubiboden - Laubibergstrasse, Widmannstrasse (Teil), Baumgartenstrasse: Bau- und Strassenlinienplan; Mutation zum Strassennetzplan und zum Zonenplan Siedlung <i>Vertagt</i>	03/131
8. Antwort des Stadtrates auf die Motion von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zur Wasserversorgung <i>Vertagt</i>	03/124
9. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Durchführung eines Energie-Checks in den kommunalen Gebäuden der Stadt Liestal <i>Vertagt</i>	03/125
10. Interpellation von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Manifest des Zürcher Stadtrats zur Asylpolitik <i>Vertagt</i>	03/128
11. Fragestunde	

Ratspräsidentin Debora Keller (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen April-Einwohnerratssitzung, speziell Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP), der neu anstelle von Thomas Weber im Rat Einsitz nimmt.

Mitteilung der Ratspräsidentin

- Die Einladung für den Bummel des Einwohnerrats vom 10. Mai 2003 liegt auf. Die Anmeldetalons sollen bis zum Ende der Sitzung dem Ratsschreiber abgegeben werden. Den Organisatoren Ernst Gebhard und Adrian Mächler wird ihr Einsatz verdankt.
- Folgende Unterlagen liegen auf: Protokolle der Sitzungen vom 26. Februar und 26. März 2003, Telefonliste, Liste der Kommissionsmitglieder, Sitzplan.

Als **StimmzählerInnen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Elisabeth Augstburger
- Walter Gudenrath
- Adrian Mächler

Traktandenliste

- Der Resolutionstext der Fraktionen zur Streckenführung Bahn 2000 liegt auf und wird auf den Anfang der Sitzung traktandiert.
- Die Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion zur Einführung der Blockzeit (Nr. 03/130) wurde versehentlich nicht traktandiert. Da eine Behandlung angesichts der heutigen relativ umfangreichen Traktandenliste ohnehin unwahrscheinlich gewesen wäre, wird die Motion auf die nächste Sitzung traktandiert.

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation von Marie-Therese Beeler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Engagement der Stadt Liestal für die offene Kinder- und Jugendarbeit (Nr. 03/133)
- Motion von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein Informations- und ein Strategiekonzept zur Bahn 2000 (Nr. 03/134)

Bis zum Schluss der Sitzung konnten die Traktanden Nr. 6 - 10 nicht behandelt werden. Sie erscheinen auf der Traktandenliste der Einwohnerratssitzung vom 21. Mai 2003.

223 V.1.1.1. Bahnen: Bahnhof, Bahnanlagen

1. Resolution zur Bahn 2000

Die von Vertretern aller Fraktionen in Absprache mit Stadtrat Heiner Karrer erarbeitete Resolution hat folgenden Wortlaut:

Resolution Bahn 2000

An seiner ausserordentlichen Sitzung vom 26. März 2003 zum Thema Bahn 2000 hat der Einwohnerrat vom Thesenpapier des Stadtrates einstimmig Kenntnis genommen.

Der Einwohnerrat unterstützt den Stadtrat in seiner Position und fasst folgende Resolution:

Die Einfügung des bedeutenden Bauwerks in den Hauptort des Kantons in unmittelbarer Nähe der Altstadt muss mit allergrösster Sorgfalt geplant und ausgeführt werden. Nebst der Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen in bezug auf den Lärmschutz und die Umwelt ist insbesondere den städtebaulichen Aspekten und den Entwicklungsmöglichkeiten Liestals grösste Beachtung zu schenken.

Nur die Tieflage erfüllt nach heutigem Wissensstand diese Anforderungen.

Der Einwohnerrat Liestal fordert die Regierung des Kantons Basel-Landschaft auf, die Variante Tieflage bei der weiteren Entwicklung des Projektes mit einzubeziehen.

Adrian Mächler (FDP) führt aus, es sei ein kurzer und griffiger Text erarbeitet worden. Die Zusammenarbeit sei gut gewesen und alle Beteiligten seien mit der Formulierung einverstanden. Seine Fraktion bringe nachträglich noch zwei Ideen für Ergänzungen in die Diskussion ein. Dies schmälere die Arbeit der Arbeitsgruppe aber nicht. Das Ziel sei eine einstimmige Verabschiedung des Textes.

Der Antrag der FDP-Fraktion betrifft folgende Ergänzungen zum letzten Absatz: "Der Einwohnerrat Liestal fordert im Namen der Bevölkerung Liestals die Regierung des Kantons Basel-Landschaft auf, die Variante Tieflage bei der weiteren Entwicklung des Projektes zwingend mit einzubeziehen."

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) äussert dazu, es habe keine Gelegenheit gegeben, den Antrag in der Fraktion zu diskutieren, deshalb nehme sie persönlich Stellung dazu. Der Einwohnerrat rede als gewählte Volksvertretung im Namen der Bevölkerung. Dies müsse deshalb nicht speziell betont werden. Die Formulierung "zwingend" lehne sie ab. Sie wolle nicht eine Zwängerei Liestals signalisieren. Die Resolution solle sachlich sein. Deshalb ziehe sie die bestehende Variante vor.

Walter Gudenrath (SP) erklärt, er unterstütze diese Meinung voll und ganz. Der Einwohnerrat spreche im Namen der Bevölkerung und "zwingend" sei keine diplomatische Formulierung.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) erklärt, er rede für die gesamte Fraktion. Diese schliesse sich der Mehrheit an, und sei auch dafür, die Resolution möglichst einstimmig zu verabschieden.

Adrian Mächler (FDP) betont die Wichtigkeit eines gemeinsamen Vorschlages. Er ziehe deshalb den Antrag seiner Fraktion zurück. Somit stehe wiederum die gemeinsam erarbeitete Version zur Diskussion.

://: Der Resolutionstext wird einstimmig verabschiedet.

Stadtrat Heiner Karrer dankt dem Rat für die Einstimmigkeit. Der Stadtrat fühle sich damit in den Verhandlungen bestätigt. Man müsse sich jedoch im Moment der schwierigen Position bewusst werden. Das wichtigste Ziel sei, mit dem Projekt in die 2. Etappe zu kommen und kein Signal der Zerstrittenheit der Region zu senden. Die Position Liestals werde intern sehr klar beim Kanton vertreten, es sei aber kein Spektakel in der Öffentlichkeit vorgesehen. Im Moment könne man deshalb vom Stadtrat nicht erwarten, dass dieser im grossen Stil versuche, die Bevölkerung zu mobilisieren. Er werde die Haltung aber dezidiert beim Kanton einbringen.

224 A1.4. Wahlen

2. Ersatzwahlen in ständige Kommissionen (Nr. 03/132)

://: Auf Vorschlag der Fraktionen werden einstimmig folgende Umbesetzungen in den ständigen Kommissionen des Einwohnerrates vorgenommen:

Finanzkommission

Ordentliche Mitglieder:

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP)

anstelle von Paul Finkbeiner

Philipp Senn (SP)

anstelle von Doris Greiner

Ersatzmitglied:

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP)

anstelle von Thomas Weber

Geschäftsprüfungskommission

Ersatzmitglied:

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP)

anstelle von Thomas Weber

225 H.1.7. Reklamen, Plakate, Werbeträger

3. Reklamereglement der Einwohnergemeinde Liestal; Überarbeitung Reglement und Nachtrag zur Einwohnerratsvorlage (Nr. 00/5A)

Adrian Mächler (FDP) äussert, das Thema sei in seiner Fraktion andiskutiert und befunden worden, dass eine Überweisung an die GoR gut wäre.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) erklärt, seine Fraktion stelle den Antrag auf Überweisung der Vorlage an die GoR. Dieses Vorgehen sei auch die Meinung der GoR vor zwei Jahren gewesen. Eine Minderheit in der Fraktion habe aber auch eine Direktberatung gewünscht. Weil aber kein Kommissionsbericht vorhanden sei, plädiere man trotzdem für die Überweisung. Allgemein sei das Verfahren langatmig. Dass Daniel Schwörer in der Arbeitsgruppe mitgewirkt habe, sei sinnvoll gewesen, sollte aber eine Ausnahme bleiben. Extern eingekaufte Beratung sollte möglichst klein gehalten werden. Man habe sich in der Fraktion aber gefragt, ob Daniel Schwörer, der als Berater des Stadtrates bei der Erarbeitung des Reglements beteiligt gewesen sei, nun auch in den Beratungen der GoR mitdiskutieren solle.

Walter Gudenrath (SP) unterstützt die Meinung seines Vorredners. Seine Fraktion unterstütze auch die Überweisung an die GoR. Das Geschäft sei nicht auf der langen Bank gelegen, sondern es habe viel Zeit zur Erarbeitung gebraucht. Das Thema sei sehr komplex. Auch den Konflikt der Rolle von Daniel Schwörer habe man in der Fraktion diskutiert. Es gehe aber um ein Sachreglement, deshalb habe man in diesem speziellen Fall keine Bedenken.

://: Die Vorlage wird einstimmig zur Vorberatung an die Spezialkommission GoR überwiesen.

226 G.3.2.4. Krankenwesen, Sanität: Haus- und Krankenpflege

4. Bericht des Stadtrates betreffend Spitex Regio Liestal; Leistungsvereinbarung (Nr. 02/120)

Nachdem der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 26. Februar 2003 seine intensive Debatte zu diesem Geschäft nicht zu Ende führte und eine Vertagung beschloss, gelangt die Vorlage ein weiteres Mal zur Beschlussfassung an den Rat.

Stadträtin Regula Gysin betont nochmals die an der letzten Sitzung geäusserten Fakten. Spitex werde nicht billiger. Es gehe hier um die Umstellung auf ein neues Finanzierungsmodell. Dieses werde im 1. Halbjahr 2003 erarbeitet und die Gemeinden seien daran beteiligt. Es beinhalte die Einführung einer professionellen Bedarfsabklärung. Die Kosten könnten damit gesenkt werden, würden aber durch die demographische Entwicklung wieder ansteigen. Der fusionierte Betrieb habe bereits zu arbeiten begonnen. Das Budget 2003 sei durch die Fusion mit Unsicherheiten verbunden. Weiter seien mit der Neuorganisation die Organisationsstrukturen bereinigt worden. Nun sei eine Konsolidierung nötig. Erste erhärtete Fakten seien im zweiten Halbjahr verfügbar.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Ernst Burkhardt (SP) entschuldigt sich dafür, dass seine Fraktion eine derart lange Leitung gehabt habe. Er müsse die Schuld aber an den Stadtrat zurückgeben in Form eines Kaktus. Der Rat habe die Vorlage zwischen zwei Budgets, in einer Zeit der Sensibilisierung auf das Thema Geld, erhalten. Die Vorlage sei sehr einseitig in der Beschreibung und enthalte viele Begriffe, die darauf hinwiesen, dass mit der Fusion alles besser werde, auch die Kostenseite. Wenn man genau hinschaue entdecke man einen einzigen Satz mit der Aussage von steigenden Kosten. Wenn man nicht mit der Materie vertraut sei, dann entstehe aufgrund der Beschreibung die Meinung, dass der neue Vertrag günstiger werde. Wenn man dann die nachgelieferten Zahlen mit der massiven Steigerung sehe, dann passe dies nicht zusammen. Es gehe zwar primär nicht um Zahlen, aber in der jetzigen Finanzsituation müssten diese ebenfalls beachtet werden. Eine Leistungsvereinbarung beinhalte auch die Kostenseite. Deshalb habe seine Fraktion Mühe bekundet. Auch die Abschiebung der Kosten vom Bund auf die Gemeinden sei in der Vorlage nicht erwähnt.

In der Zwischenzeit habe sich seine Fraktion sehr ausführlich und differenziert informieren lassen und könne die Sachlage nun nachvollziehen. Für die SP sei es eine vornehme Sache, soziale Anliegen zu befürworten, aber hier sei es, aus den erwähnten Gründen, schwierig gewesen. Deshalb verleihe er dem Stadtrat einen Kaktus. Die Fraktion stimme der Vorlage aber einstimmig zu.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) äussert, ihre Fraktion finde das Misstrauen gegen die Vereinbarung nicht angebracht. Alle umliegenden Gemeinden hätten dem Vertrag zugestimmt. Liestal sei damit nicht schlechter gestellt. Bei einem Nichtbeitritt müsste eine neue Leistungsvereinbarung ausgehandelt werden. Sie könne jedoch aus eigener Erfahrung sagen, dass Spitex eine gute Sache sei und den Menschen helfe, möglichst lange in ihren gewohnten Strukturen zu bleiben. Zudem gebe es auf

diesem Gebiet klare gesetzliche Vorgaben. Deshalb stimme ihre Fraktion der Vorlage zu.

Walter Gudenrath (SP) führt aus, seine Fraktion habe sehr gute Informationen erhalten. Dabei habe man auch festgestellt, dass sich neuerdings Private Firmen um diese Leistungen bewerben. Er frage den Stadtrat, ob dieser sich über dieses Thema habe informieren lassen und ob sich private Interessenten beworben hätten.

Stadträtin Regula Gysin antwortet, dies sei nicht abgeklärt worden.

Adrian Mächler (FDP) betont, ein wichtiger Passus des Vertrags sei, dass man sich damit nicht ewig binde, sondern die Option habe, die Situation nach drei Jahren zu ändern.

://: Der Einwohnerrat stimmt der vorliegenden Leistungsvereinbarung zwischen den Gemeinden Frenkendorf, Füllinsdorf, Liestal, Hersberg und Seltisberg einerseits und dem Verein Spitex Regio Liestal andererseits, welche rückwirkend per 01.01.2003 in Kraft gesetzt wird, einstimmig zu.

227 B.2.C. Bestattungswesen, Friedhofverwaltung - Vorschriften, Reglemente

5. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission GoR betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, Totalrevision (Nr. 02/94)

Durch die Zusammenlegung der Zivilstandsämter und wegen Änderungen in der Organisation der Stadtverwaltung drängte sich eine Überarbeitung des neun Jahre alten Bestattungs- und Friedhofreglementes auf. Bei dieser Gelegenheit wurde durch redaktionelle Anpassungen und Strukturierung die Lesbarkeit des Reglementes verbessert. Das Anliegen einzelner Einwohnerinnen und Einwohner nach Familiengräbern wurde entgegengenommen und geprüft. Das Reglement wurde der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion sowie der reformierten und katholischen Kirchengemeinde zur Stellungnahme zugestellt, deren Änderungswünsche berücksichtigt werden konnten.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Das überarbeitete Friedhofreglement wird genehmigt.

Der Einwohnerrat hat die Vorlage am 26. Juni 2002 zur Vorberatung an die Spezialkommission GoR überwiesen. Diese hat sich in 7 Sitzungen intensiv mit der Thematik befasst und unterbreitet dem Rat heute eine überarbeitete Fassung des Reglements, der sich auch der Stadtrat anschliesst. Der Antrag der GoR lautet: Das Bestattungs- und Friedhofreglement wird beschlossen.

Kommissionspräsident Daniel Schwörer (FDP) vertritt das noch unter der Leitung seines Vorgängers Urs Knecht bearbeitete Geschäft. Der Bericht sei sehr gut und bringe das Wesentliche auf den Punkt. Es seien in der GoR zwei Schwerpunkte gelegt worden. Erstens sei das Reglement formell gestrafft und an das höhere Recht angepasst worden. Es sei nun nach einem klaren System aufgebaut. Die Details seien in die Verordnung eingeflossen. In materieller Hinsicht seien die herausragenden Punkte des neuen Reglements die Liberalisierung bei der Grabgestaltung, der einheitliche Grabturnus von 20 - 25 Jahren, welcher der Verwaltung bei der Friedhofplanung zugute komme und die neu integrierte Regelung zur Bestattung von vor der Geburt verstorbenen Kindern. Letzterer sei für ihn der wichtigste Punkt, da in der Bevölkerung klar ein Bedürfnis zu einem pietätvollen Umgang mit solch schwierigen Situationen bestehe. Die hier getroffene Lösung der Gleichbehandlung von Kindern ab der 24. Schwangerschaftswoche wie von nach der Geburt verstorbenen Kindern sei neu und sinnvoll. Auch bei noch früher verstorbenen Kindern gebe es eine Regelung. Andererseits würden bei der Gedenkstätte auf dem Friedhof keine Bestattungen erlaubt. Diese sei klar eine Gedenk- und nicht eine Grabstätte. Zusammenfassend sei das Reglement gelungen und er empfehle es zur Annahme.

Von Adolf Fluri liegt folgender Antrag vor:

§8 Art der Bestattung: ergänzend ist einzufügen

b. die Bestattung des Sarges von Ehepartnern nebeneinander in der Erde im selben Grab

§11 Bestehen der Gräber: Abs. 1 ist wie folgt zu erweitern

Erdgräber, Urnengräber und Urnennischen bestehen zwischen 20 und 25 Jahren, Ehepaargräber (nicht Familiengräber) bis längstens 20 Jahre nach der Bestattung des Zweitverstorbenen aber nicht länger als 40 Jahre.

Ich beantrage, über diese Ergänzungen heute zu befinden, um das ansonsten hervorragend gelungene Reglement bald in Kraft setzen zu können.

Eintretensdebatte:

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) führt aus, das Reglement sei gut lesbar, klar und übersichtlich. Die stadträtliche Fassung sei sinnvoll erweitert worden. Sehr positiv sei die Regelung für Kinder vor der Geburt. Das Reglement ermögliche eine gute Handhabung. Ihre Fraktion stimme der Vorlage zu. Persönlich danke sie als Mitglied der GoR dem Stadtrat und den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Adrian Mächler (FDP) dankt der Kommission für ihre Arbeit und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Ein Fraktionsmitglied habe allerdings einen Einzelantrag formuliert.

Walter Gudenrath (SP) bestätigt ebenfalls, das Geschäft sei unbestritten und seine Fraktion werde zustimmen. Die Beratungen in der GoR seien interessant gewesen und sehr in die Tiefe gegangen. Auch die Zusammenarbeit mit Urs Knecht sei sehr konstruktiv gewesen und er richte nochmals seinen Dank an diesen. Sinngemäss sei auch die strikte Trennung von Kirche und Staat diskutiert und im vorliegenden Reglement verwirklicht worden.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) erklärt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion. Persönlich finde er nicht nur das Reglement gut, sondern auch den Friedhof in seiner jetzigen Gestaltung mit dem Gemeinschaftsgrab als Mittelpunkt. Er hoffe, dass mit den entstehenden Bauten in der Umgebung ebenfalls eine verträgliche Lösung entstehe. Zum Antrag von Adolf Fluri sei er der Meinung, Familiengräber hätten in Liestal keine Tradition und sollten nicht eingeführt werden. Die dadurch nötige lange Erhaltungsdauer sei ebenfalls nicht zeitgerecht. Man solle beim jetzigen, guten Reglement bleiben.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) fragt zu § 9 an, ob dieser so zu verstehen sei, dass unabhängig vom Vermögen der Verstorbenen die Stadt die Kosten trage. Wenn dies so sei, dann finde er es nicht gut und werde in der Detailberatung eine Änderung beantragen.

Stadtrat Werner Kunz dankt für die gute Aufnahme des Reglements und gibt den Ball an die Kommission weiter. Die Zusammenarbeit sei sehr gut gewesen und es sei ein super Reglement herausgekommen. Er danke auch der Verwaltung für deren Vorarbeit. Was ihn noch beschäftige sei das Thema der Bestattung Angehöriger anderer Religionen. In Liestal seien über 28 % der Bevölkerung Angehörige andere Religionsgemeinschaften. Er habe kürzlich an einer Tagung in Basel teilgenommen, um sich über die Wünsche der Moslems zu informieren. Moslems dürften nach den islamischen Vorschriften nicht an Orten begraben werden, wo zuvor schon Christen bestattet worden seien. Der Friedhof Hörnli in Basel habe ein separates Grabfeld für Bestattungen nach islamischem Recht zur Verfügung gestellt, nehme künftig aber

keine auswärtigen Personen mehr auf. Deshalb sei im Baselbiet eine Lösung zu suchen und Liestal müsse sich ebenfalls über die künftige Handhabung Gedanken machen.

Hanspeter Mohler (FDP) fragt zu diesem Thema an, wie es nach den moslemischen Vorschriften mit der Aufhebung von Gräbern stehe.

Stadtrat Werner Kunz bestätigt, diese dürften nicht aufgehoben werden und dies sei ein Teil des Problems.

Detailberatung:

§ 2, Bestattung ungeborener Kinder

Hanspeter Mohler (FDP) findet den Ausdruck "ungeborenes Kind" störend. Frauen, in einer solchen Situation würden vor den Kopf gestossen, da sie sehr wohl eine Geburt durchmachen müssten. Er findet die Formulierung "tot geborenes Kind" besser.

Daniel Schwörer (FDP) antwortet, dieser Aspekt sei von der Kommission angeschaut worden. Die Argumentation von Hanspeter Mohler sei an und für sich richtig. Man habe sich aber vor dem Begriff "tot geboren" gescheut. Dieser wäre zwar präziser, gehe gefühlsmässig aber zu weit.

Hanspeter Mohler (FDP) stellt Antrag zur Umformulierung in "tot geborenes Kind".

Daniel Schwörer (FDP) präzisiert, eine Änderungen sei nur im Titel von § 2 möglich. Die in Abs. 3 erwähnte Gedenkstätte trage diesen Namen. Persönlich plädiere er für die Ablehnung des Antrags und die Verwendung von zwei verschiedenen Begriffen.

Hanspeter Mohler (FDP) argumentiert, die Gedenkstätte sei aus einer eher kirchlichen Initiative geschaffen worden und man dürfe sich von dieser Richtung nicht beeinflussen lassen.

Stadträtin Regula Gysin äussert, sie habe den Stadtrat bei der Einweihung der Gedenkstätte vertreten. Viele der dort anwesenden Frauen hätten diese Situation selber erlebt. Der verwendete Begriff sei als würdige Bezeichnung empfunden worden.

Stadtrat Werner Kunz plädiert ebenfalls für die Ablehnung des Antrags. Die Gedenkstätte sei von den Kirchen geschaffen worden und man habe immer vom "ungeborenen Kind" geredet. Der Ausdruck "tot geboren" entspreche nicht den bei der Schaffung der Gedenkstätte im Vordergrund gestandenen Intentionen.

://: Der Antrag von Hanspeter Mohler zur Verwendung des Begriffs "tot geborenes Kind" wird mit 18 gegen 13 Stimmen, bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

§ 8, Art der Bestattung

Adolf Fluri (FDP) führt aus, nach bisherigem Reglement habe ein Turnus von 25 – 40 Jahren für Erdbestattungsgräber und von 20 – 40 Jahren für Urnengräber bestanden. Eine Beisetzung in Ehepaargräbern werde in anderen Baselbieter Gemeinden prakti

ziert und auch in Liestal gebe es einen Bedarf dafür. Es müsse möglich sein, eine Grabreihe für Erdbestattungen von Ehepaaren zu schaffen, da die GoR sage, dass ein wesentlicher Leistungsabbau nicht sinnvoll sei. Der Text dazu im Reglement sei einfach. Ein Turnus von 20 Jahren vom Datum des Zweitverstorbenen und maximal 40 Jahren widerspreche dem Reglement nicht.

Stadtrat Werner Kunz bittet den Rat, den Antrag aus folgenden Gründen abzulehnen: Die Ruhedauer bei Ehepaar- und Familiengräbern sei unterschiedlich und der Platzbedarf sei bei Familiengräbern wesentlich grösser. Man müsse dazu so oder so ein zusätzliches Feld ausscheiden. Viele Gemeinden würden keine Unterschiede machen und eine einheitliche Dauer festlegen. Im Stadtrat habe man dieses Thema umfangreich diskutiert und sich bei anderen Gemeinden erkundigt. Die Hauptprobleme, dort wo diese Grabart bestehe, seien die lange Ruhezeit und oft der vernachlässigte Unterhalt der Gräber. Deshalb und weil der Bedarf stetig abnehme, werde diese Möglichkeit zunehmend aufgehoben. Einige Gemeinden wollten auch keine Sonderrechte schaffen. Heute könne in Liestal bereits in einem normalen Erdbestattungsgrab eine Urne beigefügt, oder könnten zwei Urnen zusammen in einem Urnengrab beigesetzt werden. Von dort her sei die Problematik nicht so aktuell. Der Stadtrat wende sich aufgrund der Erfahrungen anderer Gemeinden gegen den Antrag.

Walter Gudenrath (SP) äussert, hier gehe es um ein heikles Thema. Persönlich finde er die Möglichkeit eines gemeinsamen Grabes schön. Vom Intellekt her sei der Mensch nach dem Tod aber Materie und dann sei es nicht mehr relevant, ob Ehepaare gemeinsam begraben würden. Daneben gebe die Möglichkeit auch ein administratives Problem auf. Im Gegensatz zu Stadtrat Werner Kunz wolle er den Antrag aber nicht einfach ablehnen, sondern in der GoR nochmals diskutieren. Deshalb stelle er den Antrag zur Rückweisung der Vorlage an die GoR, um nur diesen Punkt nochmals zu beraten.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) plädiert für die Ablehnung des Antrags. Die Zeit werde immer schneller, deshalb sei dieses Angebot nicht mehr nötig. Zudem würden damit unnötig Platzprobleme geschaffen.

Daniel Schwörer (FDP) bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrags. Die Ergänzung des § 8 töne zwar einfach, konsequenterweise müsse man dann aber die Frage stellen, wie dies bei Konkubinats- und gleichgeschlechtlichen Paaren zu handhaben sei. Ein weiterer Problemkreis entstehe, wenn Hinterbliebene wieder heiraten. Zudem müsste geklärt werden, ob Grabmäler dafür doppelt so breit sein dürften. Der Antrag werfe also viele neue Fragen auf. Auch eine Überweisung an die GoR sei untauglich, da es nicht Sache der GoR sei, diese Art von Fragen zu diskutieren. Dies müsste allenfalls der Stadtrat und deshalb bitte er darum, beide Anträge abzulehnen.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) argumentiert ebenfalls für die Ablehnung der Anträge. Die Beziehungsfluktuation sei heute anders als noch vor Jahren. Zudem werde hier eine privilegierte Stellung geschaffen, da diese Grabart nicht für alle leistbar sei. Persönlich sei sie in drei verschiedenen Gemeinden mit Grabpflege beschäftigt. Diese diene zur Verarbeitung der Trauer und müsse danach nicht mehr speziell lange verlängert werden.

Luzia Kilchmann (SP) erklärt, ihr sei es ein Anliegen, dass, falls die Frage nochmals in die GoR gehe, dann wirklich auch Konkubinats- und gleichgeschlechtliche Partnerschaften integriert würden. Walter Gudenrath sei gleicher Meinung und stelle deshalb einen modifizierten Antrag.

Hans Brodbeck (FDP) stellt nochmals klar, dass bei dem Antrag nur von Erdbestattung geredet werde. Bei Urnen sei heute schon alles möglich. Dies bedinge, dass man zur Kremation stehe, dann gebe es immer eine Lösung. Die Erdbestattung mache die Frage komplizierter.

Orla Oeri-Devereux (SP) findet es sehr schwierig, in einem so grossen Gremium über diesen Antrag zu diskutieren. Die Frage beinhalte rationale und auch irrationale Momente. Deshalb sei es gut, wenn die GoR nochmals darüber diskutiere.

://: Der Antrag von Walter Gudenrath zur Rückweisung an die GoR, um den Themenkreis Gemeinschaftsgrab für Ehe-, Konkubinats- und gleichgeschlechtliche Gemeinschaften nochmals zu diskutieren, wird mit 4 zu 26 Stimmen, bei 1 Enthaltung abgelehnt.

://: Der Antrag von Adolf Fluri zur Ergänzung der § 8 und 11 mit der Möglichkeit von Ehepaargräbern wird mit grossem Mehr, bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

§ 9 Kosten der Bestattung

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) stellt folgenden Antrag: "Kosten sollen von der Stadt nur für die sozial Schwachen übernommen werden. Vermögende müssen die Leistungen selber bezahlen." Er könne nicht verstehen, warum hier nach dem Giesskannenprinzip vorgegangen werde und die Bestattung für alle unentgeltlich sei.

Stadtrat Werner Kunz bittet um Ablehnung des Antrags. Sämtliche Einwohner bezahlten ihr Leben lang Steuern. Deshalb solle der letzter Gang nicht kostenpflichtig sein. Aus dem alten Reglement habe man aber die Transportkosten hinaus genommen. Diese seien nach neuem Reglement selber zu bezahlen.

://: Der Antrag von Jürgen Hänggi zur Übernahme der Bestattungskosten durch die Stadt nur bei sozial Schwachen wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Zu den übrigen §§ erfolgen keine Wortmeldungen.

://: Das Bestattungs- und Friedhofreglement wird einstimmig, bei 1 Enthaltungen genehmigt.

228 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

6. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Schwieriquartier, Ersatzerschliessung (Nr. 03/121)

Das Gefahrenpotential beim Übergang Schwieri nimmt durch die Zunahme beim Bahnverkehr und den damit verbundenen längeren Schliesszeiten der Barrieren stetig zu. Deshalb hat das Stadtbauamt seit längerem nach alternativen Erschliessungsmöglichkeiten gesucht. Dabei hat es sich gezeigt, dass eine endgültige Lösung vom Schwieriweg zur Oristalstrasse erst mit dem Bau der Bahn 2000 realisiert werden kann.

Als Ersatzerschliessung, die sofort erstellt werden kann, kommt nur eine Lösung vom Schwieriweg zur Gartenstrasse in Frage. Nach einem längeren Optimierungsprozess liegt jetzt ein Projekt vor, das allen Verkehrsteilnehmern entgegen kommt und somit als optimal bezeichnet werden kann:

- Der motorisierte Verkehr gelangt ohne Behinderung vom Schwieriweg über ein neues Strassenstück via Gartenstrasse zur Seltisbergerstrasse (und umgekehrt).
- Fussgänger können den Schwieriübergang weiterhin benutzen. Da der motorisierte Verkehr wegfällt, wird die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer erhöht.
- Die Sicherheit auf dem Velostreifen auf der Poststrasse wird wesentlich erhöht, da keine Fahrzeuge mehr wegen der Kolonne vor der Barriere auf den Velostreifen ausweichen müssen.
- Schwere Unfälle auf dem SBB-Trasse werden durch das Umleiten des motorisierten Verkehrs verunmöglicht.

Gleichzeitig mit dem neuen Strassenstück vom Schwieriweg zur Gartenstrasse soll die Gartenstrasse sanft saniert, verkehrsberuhigt und mit dem Parkierschema ‚Weisse Zone mit Anwohnerpriorisierung‘ versehen werden. Ebenfalls soll auf dem Treppenweg von der Poststrasse zur Passerelle eine schmale Rampe realisiert werden.

Im Sanierungsbereich der Gartenstrassen werden die alten Leitungen der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung durch neue ersetzt.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat genehmigt die zueinander in einem sachlichen Zusammenhang stehenden Projekte Ersatzerschliessung Schwieri (CHF 270'000.--), Sanierung der Gartenstrasse (CHF 180'000.--) und Sanierung Treppenweg (CHF 35'000.--) mit einem Bruttokredit von total CHF 485'000.-- zu Lasten der Einwohnerkasse sowie das Projekt und den Kredit über CHF 320'000.-- für den Ersatz der Wasserleitung in der Gartenstrasse (Spezialfinanzierung) und das Projekt und den Kredit über CHF 110'000.-- für den Ersatz der Kanalisationsleitung in der Gartenstrasse (Spezialfinanzierung).

Die Bau- und Planungskommission hat die Vorlage in zwei Sitzungen vorberaten und schliesst sich dem Antrag des Stadtrates an.

Kommissionspräsident Hans Brodbeck (FDP) erläutert, das Problem sei eine Altlast der 1850 gebauten Strecke zwischen Basel und Olten. Die BPK mache in ihrem Bericht Aussagen über das Risiko des Bahnübergangs. Dieser sollte aus Sicherheitsgründen eigentlich geschlossen werden. Trotzdem empfehle die BPK, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und den Übergang offen zu behalten. Dies töne nach einem Widerspruch, was es aber nicht sein müsse. Der Weg ins Oristal sei eine alte Ortsverbindung. 1930 sei die Unterführung am Bahnhof und die heutige Oristalstrasse gebaut worden. Aus heute nicht mehr nachvollziehbaren Gründen sei die Anbindung des Schwierquartiers damals verpasst worden. Mit der heutigen Verkehrsdichte sei die Barriere zeitlich zwischen 70 und 80 % geschlossen. Die Öffnungszeiten seien zudem sehr kurz und die Verkehrsteilnehmer würden sich in die Quere kommen, weil die Einfahrt von der Poststrasse fast nicht möglich sei. Dabei sei der motorisierte Verkehr das Hauptproblem. Der stadträtliche Vorschlag bringe eine Entflechtung. Die BPK sei überzeugt, dass dies ein pragmatischer und rasch realisierbarer Weg, mit vertretbaren Kosten sei. Die Frage sei allerdings erlaubt, ob nicht die Bahn als Verursacherin des Problems die Kosten tragen müsste. Hier wäre aber sicher keine rasche Lösung zu erzielen. Die BPK habe diese Frage rechtlich auch nicht abgeklärt. An die jetzige Lösung würden die SBB CHF 30'000.-- beisteuern und den nötigen Landstreifen am Bahndamm zur Verfügung stellen, was wichtig sei.

Der Antrag der Vorlage sei sehr komplex. Der Bruttokredit betrage CHF 915'000.--, wovon netto CHF 455'000.-- im Zusammenhang mit der Ersatzerschliessung stünden. CHF 320'000.-- seien für die Erneuerung der Wasser- und CHF 110'000.-- für die Kanalisationsleitung eingesetzt. Der Stadtrat wolle deren Ersatz vorziehen, um spätere Kosten zu vermeiden. Die BPK stimme dem Antrag einstimmig zu.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, sie bedauere, dass die Erschliessung über den Konsumweg nicht geprüft und mit dem Kanton darüber verhandelt worden sei. Dies wäre eine dauerhafte Lösung gewesen. Im Bericht der BPK werde zur Sicherheit der Barriere gesagt, dass diese geschlossen werden müsste. Es sei schlecht, dass die Barriere pro Stunde nur 8 – 10 Minuten offen sei. Der Zugverkehr werde in den nächsten Jahren weiter zunehmen was den Nutzen der Barriere für die Anwohnerschaft immer fraglicher mache. Die Sicherheit müsse zudem an oberster Stelle stehen. Die Schliessung würde nur wenig Mehrkosten verursachen. Deshalb beantrage sie die vollständige Schliessung der Barriere.

Andreas Zbinden (FDP) äussert, ihn beschäftige die Finanzierung. Die SBB zahlten an das Projekt CHF 30'000.-- und würden das Land zur Verfügung stellen. Er frage sich aber warum der Übergang und auch dessen Sicherheit ein Problem der Stadt sei. Dies müsse vielmehr ein Problem der SBB sein und deshalb könne er das Verhältnis der Kostenaufteilung nicht akzeptieren. Ein Gerichtsurteil aus dem Jahr 2001, das eine Brücke in Muttenz betreffe, sage, dass der jüngere Verkehrsträger die Kosten übernehmen müsse. Ob dieses Gerichtsurteil 1 : 1 adaptiert werden könne, sei ihm nicht klar. Deshalb beantrage er die Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat zur Abklärung der rechtlichen Situation und zum Führen von Verhandlungen mit den SBB.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) findet die Argumentation beim Lesen des BPK-Berichts schwer verständlich. Aber die Kommission sei vom Stadtrat gut und nachvollziehbar informiert worden. In den Entscheid sei auch die betroffene Bevölkerung mit einbezogen worden, um eine gute Lösung zu realisieren. Vor allem ältere Leute

wollten den Übergang weiter benutzen. Die Umfahrungslösung für den restlichen Verkehr sei gut, um das Quartier zu erreichen. Für den Autoverkehr sei die Barriere unzumutbar. Deshalb befürworte er die Lösung des Stadtrates. Ihm sei klar, dass hier relativ viel Geld für einen kleinen Effekt gebraucht werden, aber es gebe keine bessere Lösung.

Ernst Burkhardt (SP) befürwortet die Vorlage ebenfalls. Die BPK habe ausgiebig darüber diskutiert. Die vorgeschlagene Lösung sei nicht ideal, werde aber dem jetzigen heiklen Problem gerecht und löse die Situation wenigstens für den Moment. Mittelfristig werde sich die Situation mit dem Bau der Bahn 2000 ohnehin wieder ändern. Die totale Schliessung wäre zwar die etwas günstigere Variante, es sei aber ein Prozess mit den Einwohnern, der zu diesem Kompromiss geführt habe.

Werner Spinnler (FDP) erklärt, er unterstütze die Haltung von Margrit Siegrist. Es werde nicht lange dauern, bis auch aus dem Quartier der Wunsch zur Schliessung, komme, nur, dann habe die Stadt das Projekt bezahlt. Für die Fussgänger gebe es auch noch den Weg entlang dem Orisbach zur Allee. Deshalb sei die Schliessung sinnvoll.

Stadtrat Heiner Karrer führt aus, es müsse hier ein ganzer Teil der Beratungen der BPK nochmals wiederholt werden. Es lägen zwei Anträge gegen das Projekt des Stadtrates vor. Einer basiere auf der Meinung, der Stadtrat habe mit den SBB schlecht verhandelt und diese müssten das Projekt zahlen. Dies sei ein alter Vorwurf, der schon bei der Renovation der Passerelle gemacht worden sei. Das angesprochene Gerichtsurteil sei damals eingehend geprüft worden. Es sei jedoch nicht auf diesen Fall anwendbar. Bei einer Totalschliessung des Niveauübergangs würden die SBB einen sehr grossen Anteil zahlen. Diese Diskussion sei im Stadtrat auch geführt worden. Dort habe der Rückweisungsantrag Erfolg gehabt und man habe nochmals mit den SBB verhandelt. Das Ergebnis seien die jetzt zugesicherten CHF 30'000.-- als Trostpflaster. Es gebe keinen Rechtstitel für die SBB, um zu zahlen. Bei einer Gesamtschliessung würde das Geld einfliessen, aber diese Variante wäre wesentlich teurer und letztendlich der Betrag für die Stadt Liestal nicht kleiner. Deshalb habe der Stadtrat, nach Aussprache mit der betroffenen Bevölkerung, die jetzt beantragte Variante gewählt. Die Variante von Margrit Siegrist sei der Bevölkerung ebenfalls vorgelegt und von dieser abgelehnt worden. Die Steigung zur Passerelle betrage 17 % und sei mit Kinderwagen, Rollstühlen etc. schlecht zu bewältigen. Deshalb wollten die Leute den Übergang. Zudem bestehe das Sicherheitsrisiko nicht in erster Linie für die Fussgänger und Velofahrer, sondern für die Autos. Wenn das Projekt finanzpolitisch keine grossen Konsequenzen habe, frage er sich, weshalb nicht dem Anliegen der Bevölkerung nachgegeben werden sollte. Ein grosses Risiko sei die Barriere für die Sicherheitsdienste. Zudem seien mehrmals in der Vergangenheit Autos in der Barriere eingeklemmt worden. Dieser Fall bedeute ein wirkliches Sicherheitsproblem und bringe zudem Unterbrüche des Zugsverkehrs, wofür die hohen Kosten von den Verursachern getragen werden müssten. Dies gelte es zu verhindern. Auch auf der Poststrasse verursache der Rückstau unzumutbare Konsequenzen und bringe ein Sicherheitsrisiko. Der Stadtrat habe auch die vollständige Sicherheit im Auge gehabt. Das Quartier wünsche aber andere Sicherheiten und diese hätten bei der Realisierung keine Mehrkosten zur Folge. Deshalb sei er gegen den Antrag von Margrit Siegrist und auch gegen denjenigen von Andreas Zbinden, da dieses Vorgehen keine Chance auf Erfolg habe.

Adolf Fluri (FDP) äussert, bei der totalen Schliessung der Barriere sei der finanzielle Anteil der Bahn gross. Er frage deshalb den Stadtrat, ob sich die SBB auch verpflichtet hätten, falls die Schliessung wegen der immer intensiveren Befahrung in einigen Jahren komme, ebenfalls nochmals an die andere Erschliessung zu bezahlen.

Pascal Porchet (FDP) bittet darum, der Rückweisung zustimmen. Die BPK habe den Faktor Sicherheit gut angeschaut. Zudem habe auch der Stadtrat diesen Aspekt gut abgeklärt. Die Sicherheit stehe im Vordergrund, aber Stadtrat und Verwaltung kämpften auch um eine Senkung der Kosten. Der finanzielle Leidensdruck in Liestal sei gross. Deshalb könne man hier ein Zeichen setzen und den Stadtrat bitten, nochmals mit den SBB zu verhandeln. Für das Quartier gebe es drei Varianten: die Umfahrung, die Passerelle und den Weg am Orisbach. Es sei wichtig, die Lebensnerven zum Stedtli nicht zu behindern oder gar abschneiden. Dies sei bei drei Möglichkeiten aber nicht der Fall, weshalb die Sicherheit an erster Stelle und die Finanzierbarkeit an zweiter Stelle stehen sollte. Deshalb stimme er der Rückweisung zu, damit der Stadtrat nochmals einen Anlauf nehmen könne.

Peter Rohrbach (SP) wendet sich gegen die Rückweisung. Wenn man die SBB kenne und die bisherige Evaluation betrachte, dann bringe die Rückweisung nichts. Er wünsche sich aber eine Lösung, die bis zur Realisierung der Bahn 2000 Bestand habe. Deshalb wolle er von Stadtrat Heiner Karrer wissen, ob die SBB den Bestand der jetzt beabsichtigten Lösung zugesagt hätten. Er stimme aber gegen die Rückweisung.

Bernhard Fröhlich (FDP) erklärt, eine Rückweisung bedeute nicht einen Vorwurf an den Stadtrat, dass dieser seine Sache nicht recht gemacht habe, sondern eine Rückenstärkung für weitere Verhandlungen. Das Bundesamt für Verkehr gebe nicht grundlos Geld aus, sondern nur für eindeutige Sicherheitsverbesserungen. Deshalb frage er sich, was der Grund für die jetzt gesprochenen CHF 30'000.-- sei. Normalerweise müssten dies triftige Gründe sein, die eine umfassende Verbesserung brächten. Weiter frage er sich betreffend den Verhandlungen mit den SBB, wie die heutige und nicht eine alte Rechtslage sei, um mehr Geld zu bekommen. Das gesprochene Almosen zeige mindestens ein schlechtes Gewissen. Deshalb gelte es, dem Stadtrat den Rücken zu stärken, um den genauen Sachverhalt nochmals abzuklären. Es müsse auch geklärt werden, dass die Stadt Liestal nicht nochmals zur Kasse gebeten werde bei einer definitiven Schliessung und diese Zusage der SBB müsse schriftlich eingeholt werden.

Stadtrat Heiner Karrer zeigt Verständnis dafür, dass der Verzicht auf CHF 400'000.-- schmerze. Dies habe er damals auch im Stadtrat verstanden. Er habe aber mit einer Delegation, bei der auch ein Jurist dabei gewesen sei, die Verhandlungen geführt. Wenn ihn der Einwohnerrat nochmals schicke, dann werde er dies akzeptieren, es werde aber nicht viel bringen. Das schlechte Gewissen der SBB sei daher gekommen, dass bei den beiden Varianten mit fast gleicher Wirkung der Beitrag einmal so gross und hier Null sei. Aber die Endkosten bei beiden Varianten seien praktisch gleich. Deshalb mache er nicht sehr gern unnötige Arbeit. Weiter erfolge die Schliessung, auch bei noch weiter zunehmendem Verkehr, wohl wie heute, durch die Barriere. Und bei einer Totalschliessung müssten die SBB lediglich die Umgebung absperren und intern ihre Anlagen anpassen. Dies hätte keine Kosten für Liestal zur Folge.

Orla Oeri-Devereux (SP) äussert, es sei verwirrend, wenn die BPK einstimmig einen Beschluss fasse und nun Kommissionsmitglieder andere Meinungen vertreten würden. Die Frage hätte in der Kommission ausdiskutiert werden sollen. Die Bevölkerung werde eine nochmalige Rückweisung nicht verstehen.

Hans Brodbeck (FDP) gibt zu bedenken, der Tag habe 24 Stunden und die hohe Bahnfrequenz geschehe während ca. 10 Stunden. Zu den Randzeiten, am Morgen und am Abend seien die Öffnungszeiten aber besser. Wenn die anderen genannten Varianten für einen 24 Stunden-Betrieb herzurichten seien, dann müsse deutlich mehr investiert werden. Es müsse auch zu Nachtzeiten noch einen sicheren und attraktiven Fussweg zwischen Stedtli und Schwieriquartier geben. Deshalb habe die Kommission schlussendlich einstimmig eingeschwenkt.

Werner Spinner (FDP) fragt an, wie die Situation sei, wenn die SBB den Übergang total schliessen und die Fussgänger eine Verbesserung des Übergangs verlangen würden, ob dann nicht Kosten für Liestal für den Ausbau der anderen Varianten entstünden.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, ausser dem Einwohnerrat wolle niemand die vollständige Schliessung der Barriere.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) findet es wichtig, den Wunsch der Bevölkerung ernst zu nehmen. Diese wolle die Verantwortung auf sich nehmen und wisse, zu welchen Tageszeiten der Übergang benutzbar sei.

://: Der Rückweisungsantrag von Andreas Zbinden wird mit 21 zu 7 Stimmen, bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Zum Antrag von Margrit Siegrist äussert Stadtrat Heiner Karrer, dieser sei eine andere Art der Rückweisung. Es sei nicht geklärt worden, ob im Falle der Total-schliessung weitere Anpassungen an der Passerelle, etc. nötig würden. Der Stadtrat müsste dazu das alte Projekt wieder hervor holen. Dies wäre machbar, aber nicht als Zusatzantrag. Beim jetzigen Projekt sei die Barriere nicht gänzlich schliessbar. Es müsste deshalb ein anderes Projekt erarbeitet werden. Deshalb bedeute der Antrag faktisch eine Rückweisung.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, sie beabsichtige nicht, einen Rückweisungsantrag zu stellen, sondern sehe eine Lösung innerhalb dieser Vorlage. Bei einer Totalschliessung würden die SBB finanziell mehr in die Pflicht genommen, das Problem könne deshalb nicht so gross sein. Sie wolle keine Rückweisen, da die Bevölkerung ein Anrecht auf die speditive Erledigung habe.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, er habe den Antrag so verstanden, dass ein anderes Projekt gewünscht werde. Bei einer Schliessung der Barriere seien flankierende Massnahmen wie eine Verringerung der Steigung zur Passerelle, ein geraderer Anschluss etc. nötig. In diesem Fall müsste dem alten Projekt des Stadtrats zugestimmt werden. Die Kostenschätzung im Bereich Strassenbau sei damals brutto bei CHF 820'000.-- gelegen. Zudem müsste man nochmals mit den SBB über deren Zusage reden. Der Beschluss wäre abenteuerlich und mit Risiko behaftet. Deshalb

sei die Rückweisung mit der Begründung, dass ein anderes Projekt gewünscht werde, der bessere Weg. Dann sei der Auftrag an den Stadtrat klar.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, sie werden den Antrag im Sinne von Heiner Karrer umformulieren.

Rolf Senn (FDP) äussert, er sei als Ersatzmitglied bei den Kommissionsberatungen dabei gewesen und habe sich vorgestellt, dass es auch Lösungen gebe, die den Bewohnern anders entgegen kommen, z.B. einen Lift zum Übergang. Heute werde darüber spekuliert, ob die Barriere in absehbarer Zeit geschlossen werde. Überall in der Schweiz würden Barrieren geschlossen. Andere Lösungen drängten sich auf. Der Stadtrat habe mir seiner ersten Variante gut gearbeitet, sei dann aber dem Quartier entgegen gekommen. Zukunftsorientiert sei aber die erste Variante, auch wenn das Quartier eine andere Meinung vertrete.

Walter Gudenrath (SP) zeigt sich überrascht von der Diskussion. Er unterstütze das Argument von Marie-Therese Beeler. Die Missachtung des Bevölkerungswillens grenze an Bevormundung. Jeder habe das Recht, seine Freiheit zu beanspruchen. Es sei anmassend, in Anbetracht, dass sich der Rat zuvor bei der Verabschiedung der Resolution auf die Vertretung im Namen der Bevölkerung berufen habe. Zudem sei nicht klar wie die Lage in 20 Jahren aussehe, dies sei reine Spekulation. Deshalb befürworte er die unterbreitete Variante.

Adolf Fluri (FDP) betont, es bestehe aber ebenso die Verpflichtung, für die Sicherheit der Leute zu sorgen. Wenn Marie-Therese Beeler meine, dass die Leute den Fahrplan kennen würden, dann könne dies stimmen. Aber niemand wisse, wann die Güterzüge fahren. Deshalb sei es richtig, das Geschäft zurück an den Stadtrat zu schicken und die alte Variante zu bearbeiten, vor allem wenn deren Kosten nicht bekannt seien.

Ernst Burkhardt (SP) empfindet die Diskussion als Zumutung. Die BPK habe das Geschäft ausführlich diskutiert und als beste Variante erachtet. Wenn nun andere Überzeugungen sich durchsetzten, dann seien die Kommissionen nicht mehr nötig. Man solle der guten Variante, die zwar ein Provisorium bedeute, jetzt zustimmen und das hin und her beenden.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt zur Sicherheit, das Anliegen der Bevölkerung habe den Stadtrat zum Umschwenken bewogen. Wenn im Schwieriquartier ein Brand oder ein Unfall etc. passiere, dann müssten die Rettungsdienst schnell reagieren können. Deshalb habe man unbürokratisch, in Absprache mit den SBB die Kurve ein wenig vergrössert. Dies reiche nun für den Krankenwagen, nicht aber für die Feuerwehr. Deshalb sei die aktuelle Variante als Provisorium bis zum Bau der Bahn 2000 erarbeitet worden. Die Gefahr für das Quartier sei nicht die Barriere für Fussgänger. Die Barriere selber sei das kleinste Sicherheitsproblem. Die beschriebenen Probleme für den rollenden Verkehr seien wirklich gefährlich. Weiter fordere das Raumplanungsgesetz § 41 das Anhören der Bevölkerung. Anhören und dann abschmettern sei aber nicht ein guter Weg. Der Stadtrat sehe den einstimmig formulierten Wunsch des Quartiers als legitimes Recht.

://: Der Rückweisungsantrag von Margrit Siegrist wird mit 19 zu 5 Stimmen, bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

://: Der Einwohnerrat genehmigt mit 23 zu 2 Stimmen, bei 6 Enthaltungen die zueinander in einem sachlichen Zusammenhang stehenden Projekte Ersatzerschliessung Schwieri (CHF 270'000.--), Sanierung der Gartenstrasse (CHF 180'000.--) und Sanierung Treppenweg (CHF 35'000.--) mit einem Bruttokredit von total CHF 485'000.-- zu Lasten der Einwohnerkasse sowie das Projekt und den Kredit über CHF 320'000.-- für den Ersatz der Wasserleitung in der Gartenstrasse (Spezialfinanzierung) und das Projekt und den Kredit über CHF 110'000.-- für den Ersatz der Kanalisationsleitung in der Gartenstrasse (Spezialfinanzierung).

229 G.2.5.5. Orientierung und Information: Anfrage und Auskünfte

12. Fragestunde

1. Frage, Stefan Saladin (CVP/CVP/EVP): Der Inline-Hockeyclub Red Wings hat vor kurzem seine Aktivitäten in Lausen aufgenommen und wurde dort im Mitteilungsblatt willkommen geheissen. Es gibt auch andere angeschlagene Vereine in Liestal. Was ist die Meinung des Stadtrats, müssen OeWA-Zonen geopfert werden? Was will der Stadtrat unternehmen?

Stadtrat Ruedi Riesen bedauert, dass er Stefan Saladin schon im Dezember eine abschlägige Antwort auf seine Interpellation zu diesem Thema habe geben müssen. Sämtliche Verhandlungen in Liestal seien gescheitert. Zum Ausweichen nach Lausen könne er lediglich sagen, dass die Distanz nicht so gross und in diesem Rahmen noch verschmerzbar sei. Er habe Verständnis für das Anliegen von Stefan Saladin betreffend Vereine. Was er aber nicht verstehe sei, dass es eine stadträtliche Kommissionen für diese Anliegen gebe, und dieses Gefäss offensichtlich nicht genutzt werde, anstelle der Fragestunde. Der Stadtrat warte auf Vorschläge und Ideen aus der Sportkommission. Man müsse dieses Instrument entweder brauchen, oder es sonst abschaffen. Der Stadtrat habe sich auch im Zusammenhang mit dem Finanzplan mit dem Thema beschäftigt. Er erwarte nun aber Fakten aus der Kommission.

2. Frage, Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP): Bei einem der Besuch der Brockenstube des Frauenvereins am 3. April 2003, die im Gebäude des städtischen Werkhofs eingemietet ist, wurden beim Eingang Geruchsimmissionen festgestellt. Ist die Bauverwaltung darüber informiert? Was wurde unternommen, um allfällig aufgetretene Schäden zu beheben?

Stadtrat Werner Kunz erklärt, der Geruch gehe auf ein einmaliges jährliches Ereignis, die Revision der Spaltanlage, zurück. Der Termin sei ungünstig gewesen. Nächstes Jahr würden diese Arbeiten an einem publikumsarmen Tag erledigt.

1. Zusatzfrage, Ernst Burkhardt (SP): Was ist eine Spaltanlage?

Stadtrat Werner Kunz antwortet, dies sei ein Abscheider für Öl und Benzin, wie er in Garagen vorgeschrieben sei.

3. Frage, Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP): Der Nuglarweg ist ein Fussgängerweg. Dieser wird von Jugendlichen öfters als Rennstrecke für Mofas benutzt. Ist es möglich, hier verkehrsberuhigende Massnahmen anzubringen, um die Gefahr einzuschränken?

Stadtrat Werner Kunz führt aus, er habe ebenfalls schon von diesen Problemen gehört. Die Erfahrungen mit Schwellen seien negativ. Das Anliegen zu einer anderen Signalisation werde aber entgegen genommen. Nach den nötigen Abklärungen werde die neue Lösung im Amtsblatt publiziert. Voraussichtlich werde dies bis Ende Mai der Fall sein.

4. Frage, Debora Keller (GL/Fraumättler): Umgang mit Selbsttötungen im Gebiet Liestal - Was ist die Haltung des Stadtrates im Umgang mit Informationen über Suizide auf öffentlichem Gebiet, z.B. am Bahnhof. Schliesst sich der Stadtrat der gängigen Meinung an, dass Publizieren einer Selbsttötung ansteckend wirkt und ist dies wissenschaftlich nachgewiesen?

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dies sei eine delikate Frage. Die offizielle Antwort des Stadtrates sei, dass in solchen Fällen die Feuerwehr, die Kriminalpolizei und das Statthalteramt eingeschaltet werden. Eine Publikation liege in den Händen des Statthalteramtes. Die Frage betreffend Nachahmungseffekt sei für ihn nicht beantwortbar. Die Frage passe eigentlich nicht zur Fragestunde des Einwohnerrates, als Privatperson sei er aber zu einer persönlichen Beantwortung bereit.

2. Zusatzfrage, Debora Keller (GL/Fraumättler): Es passiert immer wieder in Liestal, und dies gibt einen gewissen Ruf. Deshalb die Frage, ist der Stadtrat daran interessiert, dass dieser Ruf nimbusartig weiter besteht?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, eine schlüssige Antwort sei nicht möglich. Allenfalls müsste das Thema im Stadtrat diskutiert werden.

5. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Verkehr auf Sichertern - Wir bezeichnen das Sicherterngebiet als eines unserer Naherholungsgebiete. Nun wird aber die Strasse nach Nuglar immer stärker und vor allem schneller befahren. Fussgänger und Velofahrer müssen sich immer wieder in Sicherheit bringen. Besteht die Möglichkeit, die ganze Strasse durchgehend auf 50 km/h zu beschränken?

Stadtrat Werner Kunz antwortet, das Thema sei bekannt und der Stadtrat habe gewisse Möglichkeiten. Die Strasse sei in den Morgen-, Mittag- und Abendstunden viel befahren. Zuständig sei aber der Kanton. Die Frage werde mit der Stadtpolizei abgeklärt und danach ein Antrag zu einer Lösung an den Kanton gestellt.

6. Frage, Debora Keller (GL/Fraumättler): Stromgeld für Atomkampagne - Ist dem Stadtrat bekannt, ob und in welcher Höhe sich die Liestaler Einwohnerschaft über die Begleichung der Stromrechnung an die EBL an der Abstimmungskampagne der Strommonopolisten beteiligt?

Stadtrat Heiner Karrer führt aus, die EBL als Versorgerin Liestals beteilige sich grundsätzlich nicht an politischen Kampagnen. Die EBL müsse aber Strom einkaufen und deren Lieferanten würden sich an der Kampagne beteiligen.

Adrian Mächler (FDP) fügt an, die EBL sei Mitglied beim Verband Schweizer Elektrizitätswerke und zahle dort einen Mitgliederbeitrag. Davon gehe wahrscheinlich auch ein Beitrag an die Kampagne. Sonst würden aber keine Zahlungen geleistet.

7. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Bäume fällen - Im Stadtgebiet wurde diese Aufgabe bisher der Forstverwaltung übertragen, welche dafür spezialisiert und bestens eingerichtet ist. Es ist aufgefallen, dass diese Arbeiten nun durch die Betriebe ausgeführt

werden, z.B. im Langhag und am Nelkenweg. Welches sind die Gründe für diesen Wechsel?

Stadtrat Werner Kunz bestätigt, dies habe in gewissen Fällen tatsächlich so stattgefunden. Die Betriebe hätten ausgebildetes Personal und Geräte, könnten aber nicht alle Arbeiten selber erledigen. Umfangreichere Fällarbeiten würden deshalb extern durch die Forstverwaltung erledigt.

8. Frage, Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP): Wie weit ist die Planung betreffend Aufstellung des Bauerndenkmales? Mehrere Einwohner von Liestal fragen danach.

Stadträtin Regula Gysin antwortet, es sei vorgesehen, das Denkmal künftig im Park vor der Kaserne aufzustellen. Der Zeitpunkt sei ihr jedoch nicht bekannt. Im laufenden Jahr organisiere das Dichter- und Stadtmuseum eine Ausstellung zu diesem Thema und wolle mit Hilfe von Sponsoring das Denkmal hervorholen und auch abklären, ob die Bevölkerung dieses noch wolle.

9. Frage, Peter Furrer (SVP/CVP/EVP): Die Gerberstrasse ist in einem schlechten Zustand. Die Situation bringt Gefahren für Velos und Mofas. Wer macht den Unterhalt und bis wann kann mit einer Reparatur gerechnet werden?

Stadtrat Werner Kunz bestätigt, die Strasse sei tatsächlich in einem schlechten Zustand. Der Kanton sei aber dafür zuständig. Er habe jedoch bereits dort telefoniert und sich für die Behebung der Schäden eingesetzt.

10. Frage, Andreas Zbinden (FDP): Die bis anhin vermietete Wohnung im Rathaus soll für Büroräumlichkeiten für den Bereich Bildung umgenutzt werden. Gäbe es keine Alternativen in bestehenden Schulhäusern, z.B. Fraumatt? Wie hoch sind die jährlichen Mietzinsausfälle für diese Umnutzung? Wie hoch sind die Kosten für die Umnutzung der Wohnung in Büroräumlichkeiten (Verkabelung, neues Raumkonzept etc.)? Wie hoch ist die prozentuale Auslastung der neu genutzten Wohnung?

Stadtrat Lukas Ott erklärt, verschiedene Gründe hätten den Stadtrat bewogen, die Bereichsleitung Bildung im Rathaus zu integrieren. Es sei erstaunlich, wie schnell das Thema in die Fragestunde komme. Der Stadtrat habe das entsprechende Protokoll noch nicht verabschiedet. Die Gründe für den Entscheid seien: Erstens die Umsetzung des Bildungsgesetzes. Das Rotackerschulhaus werde neu ein Sekundarschulhaus und gehe an den Kanton. Die Auslagerung des Schulsekretariats sei also ein naheliegender Gedanke. Weiter gebe es schon lange Bestreben, die Schulleitung im Rathaus zu integrieren, wie zuvor schon die Sozialen Dienste. Bei der Bildung mache diese Nähe zur Verwaltung grossen Sinn, da sie der finanzaktivste Bereich sei und kurze Wege gut seien. Ein weiterer Grund sei, dass die Fremdvermietung auch ein Sicherheitsproblem mit sich bringe. Wenn man Alternativen gesucht hätte, dann wäre die Integration in die Verwaltung nicht möglich gewesen. Der Mietzinsausfall betrage CHF 23'000.- pro Jahr. Der bisherige Raum im Rotackerschulhaus bringe knapp CHF 10'000.-. Der Stadtrat habe den Auftrag zu einer Kompensation im Bildungsbereich gegeben. Die Kosten für die Umnutzung seien minimal, Details seien ihm aber noch nicht bekannt. Die Auslastung werde 100% sein, da die Lösung

ein zusätzliches Besprechungszimmer für die ganze Verwaltung bringe. Weiter werde der Keller der Wohnung für den Kulturgüterschutz genutzt.

3. Zusatzfrage, Andreas Zbinden (FDP): Die Kosten für die Umnutzung interessieren.

Stadtrat Lukas Ott sichert zu, diese nachzuliefern.

11. Frage, Adolf Fluri (FDP): Motionen 00/15 und 00/16 - Wann wird mit dem Bau des Kantinenweges begonnen und wann sollte diese Querverbindung zwischen Kasernen- und Rosenstrasse zweispurig befahrbar sowie die in der Motion 00/16 vorgesehenen Signalisationen zur Verkehrsberuhigung vor dem Törlü angebracht werden?

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, vor zwei Wochen habe er noch gemeint, das Projekt sei klar und für das Jahr 2004 eingefädelt. In seiner Abwesenheit habe eine Sitzung mit Orientierung der Bevölkerung stattgefunden, an der auch das Tiefbauamt des Kantons vertreten gewesen sei. Dort sei angefragt worden, warum nicht der Kanton die Strasse baue, da es künftig ja eine Kantonsstrasse werden solle. Der Vertreter des Kantons habe bestätigt, dass dies wahrscheinlich so kommen werde. Diese Antwort habe erhebliche Konsequenzen, da bei einer Gemeindestrasse Anwanderbeitrage zu bezahlen seien und bei einer Kantonsstrasse nicht. Deshalb sei das Verfahren nun nicht absehbar. Er habe die alte Korrespondenz durchgearbeitet und diese Aussage dabei immer wieder entdeckt. Nun sei von der Verwaltung ein Brief an das Tiefbauamt geschickt worden, um eine klare Antwort zu bekommen. Er erwarte dringend diese Antwort. Momentan sei er aber ziemlich ratlos. Der Stadtrat setze sich jedoch dafür ein, dass der Kantinenweg möglichst rasch realisiert werde. Offensichtlich sei man aber während Jahren auf einen Narrenweg geschickt worden.

12. Frage, Adolf Fluri (FDP): Kürzlich wurde in mindestens zwei Quartieren das Altpapier nicht eingesammelt. Was kostete das Nachsammeln durch den Werkhof der Stadt und was gedenkt der Stadtrat zu tun, um solche Pannen künftig zu vermeiden?

Stadtrat Werner Kunz erklärt, der Fall sei bekannt. Es sei ein Quartier vergessen worden. Man habe bereits am Samstag entsprechende Telefone erhalten und deshalb sei am Montag der Rest eingesammelt worden. Die Kosten würden dem verantwortlichen Verein belastet, sofern dieser überhaupt dafür aufkommen könne. Es sei auch nicht der erste derartige Fall. Der Stadtrat müsse sich überlegen, ob er nicht generell einen anderen Weg beschreiten wolle, da die Sammlungen auch noch eine Sicherheitsfrage bedeuteten. Die jetzige Abfallfirma mache eventuell eine günstige Offerte.

230 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

13. Interpellation von Marie-Therese Beeler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Engagement der Stadt Liestal für die offene Kinder- und Jugendarbeit (Nr. 03/133)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Seit mehr als 10 Jahren existiert in Liestal ein jugendpolitisches Konzept, das dem Engagement der Stadt im Bereich der offenen Jugendarbeit zu Grunde liegt. In diesen zehn Jahren hat sich die Situation der Kinder und Jugendlichen im Zuge des gesellschaftlichen Wandels verändert. Der Handlungsbedarf ist nicht geringer geworden.

Mit der offenen Jugendarbeit hat die Stadt Dritte beauftragt, einerseits das Jugendwerk des Blauen Kreuzes als Trägerschaft der offenen Jugendarbeit „Joy“, andererseits den Verein „Come in – come out“ als Trägerschaft der Schulsozialarbeit. Im vergangenen Jahr sah sich das Jugendwerk des Blauen Kreuzes nicht mehr im Stande, den mit der Stadt vereinbarten Leistungsauftrag mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu erfüllen und beantragte darum eine Erhöhung des Beitrages. Diese Erhöhung fiel den Streichungen im Rahmen der Budgetdebatte zum Opfer und das Angebot der offenen Jugendarbeit musste massiv abgebaut werden. Die Schulsozialarbeit wird mit der Einführung des neuen Bildungsgesetzes vom Kanton übernommen. Fazit: Es muss vermutet werden, dass die Stadt Liestal dem Auftrag des jugendpolitischen Konzeptes zur Zeit in keiner Weise gerecht wird.

1. Ist das jugendpolitische Konzept der Stadt Liestal für den Stadtrat noch relevant? Und wenn ja: Wer ist für dessen Umsetzung und Aktualisierung verantwortlich?
2. Welche Massnahmen werden auf der Grundlage des Jugendkonzeptes realisiert? Welche Aufgaben wurden noch nie wahrgenommen? Welche Leistungen wurden in den vergangenen Jahren abgebaut?
3. In welchen Bereichen der offenen Jugendarbeit ist die Stadt Liestal heute noch finanziell oder personell engagiert? Mit welchem Aufwand?
4. Wie hoch ist der Aufwand der Stadt Liestal für offene Jugendarbeit und Prävention im Vergleich mit anderen Gemeinden des Kantons? Um wie viel verringert sich dieser Aufwand mit der Übernahme der Schulsozialarbeit durch den Kanton?
5. Wie hoch ist der Aufwand der Stadt Liestal für kurative Massnahmen für Personen unter 25 Jahren (vormundschaftliche Massnahmen, Heimplätze, Therapien, begleitete Wohnprogramme etc.)?

Die Interpellantin verzichtet auf eine mündliche Stellungnahme und verweist auf ihre schriftliche Eingabe.

231 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

14. Motion von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein Informations- und ein Strategiekonzept zur Bahn 2000 (Nr. 03/134)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

An seiner ausserordentlichen Sitzung vom 26. März 2003 zum Thema Bahn 2000 hat der Einwohnerrat vom Thesenpapier des Stadtrates einstimmig sowie in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.

Die Jahrhundertwerk Bahn 2000 betrifft die Stadt Liestal und ihre gesamte Bevölkerung in einschneidender Weise. Die Einfügung dieses nationalen Bauwerks in den Hauptort des Kantons in unmittelbarer Nähe der Altstadt muss mit allergrösster Sorgfalt geplant und ausgeführt werden.

Nebst der Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf den Lärmschutz und die Umwelt ist insbesondere den städtebaulichen Aspekten und den Entwicklungsmöglichkeiten Liestals grösste Beachtung zu schenken. Nur die Tieflage erfüllt nach heutigem Wissensstand diese Anforderungen.

Für das Wohl der heutigen wie auch der zukünftigen Generationen müssen sich die Behörden und die Bevölkerung Liestals entschieden für die Tieflage einsetzen.

Der Stadtrat wird daher beauftragt, dem Einwohnerrat zwei Konzepte vorzulegen:

1. ein Informations-Konzept, das die umfassende Information und Sensibilisierung der Bevölkerung von Liestal zur Bahn 2000 und deren Auswirkungen auf die Stadt Liestal aufzeigt;
2. ein Strategie-Konzept, das aufzeigt, mit welchen politischen und rechtlichen Massnahmen die Stadt Liestal die à-Niveau-Lage der Bahn 2000 verhindern kann.

Der Motionär verzichtet auf eine mündliche Stellungnahme und verweist auf seine schriftliche Eingabe.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Debora Keller

Der Ratsschreiber

Martin Schneider